

Oberbürgermeister Martin Horn
Sozialbürgermeister Ulrich von Kirchbach
Fraktionen und Mitglieder im Freiburger Gemeinderat

**Stoppen Sie die Bezahlkarte für Geflüchtete!
Keine Bezahlkarte in Freiburg und anderswo!**

Sehr geehrter Oberbürgermeister Horn, sehr geehrter Sozialbürgermeister von Kirchbach, sehr geehrte Mitglieder des Freiburger Gemeinderats,

wie Ihnen sicherlich bekannt ist, sollen geflüchtete Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhalten, in Baden-Württemberg in diesem Jahr zu einer diskriminierenden Bezahlkarte verpflichtet werden. Nach Informationen aus dem Justizministerium Baden-Württemberg sollen selbst Personen eine Bezahlkarte erhalten, die Inhaber*innen eines Bankkontos sind. Gleichfalls sollen Personen, die Analogleistungen bekommen, nur noch Leistungen über eine Bezahlkarte erhalten. Der Bargelddbetrag soll auf einen bestimmten (geringen) Betrag begrenzt werden.

Aktuell wird die Bezahlkarte in verschiedenen Landkreisen in Baden-Württemberg als Pilotprojekt eingeführt, bevor nach und nach alle 44 Stadt- und Landkreise folgen sollen. Nach dem geänderten AsylbLG obliegt es den Kreisen in welcher Form Leistungen gewährt werden. Möglich sind Sachleistungen, unbare Abrechnungen, Wertgutscheine, Bezahlkarte oder Geldleistungen. Der Leistungsbehörde kommt bei ihrer Entscheidung ein Ermessen zu. Jede Leistungsbehörde muss die Ermessensentscheidung begründen.

Nun ist jedoch zu befürchten, dass das Land Baden-Württemberg in einer Rechtsverordnung die Kreise dazu verpflichtet eine Bezahlkarte mit allerlei Restriktionen einzuführen. „Sinnvoll wäre es auch, dass die Länder die Karte für die Kommunen verbindlich machen“, so der Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy des Städtetages.

Die Folgen der Bezahlkarte wären Eingriffe in die **Handlungsfreiheit**, die **informationelle Selbstbestimmung** der Person und in das Grundrecht auf **Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums**, eine **Ungleichbehandlung** innerhalb des Existenzsicherungsrechts, die mögliche Missachtung des **Datenschutzes**, Restriktionen wie die Sperrung der Bezahlkarte für bestimmte Ausgabepositionen oder die **räumliche Beschränkung ihrer Nutzung** auf das Gebiet eines Landkreises und insgesamt die Einschränkung der **Autonomie** der Leistungsberechtigten.

Wir fordern Sie als Fraktion im Gemeinderat Freiburg dazu auf, sich gegen die Einführung einer Bezahlkarte einzusetzen. Die Bezahlkarte ist ein rechtes, ausgrenzendes Projekt. Es reicht! Das Projekt Bezahlkarte fördert nur eines: Ausgrenzung und Rassismus in diesem Land. Und alle, die diesem ausgrenzenden Projekt von Berlin über die Länder bis in die Kommunen zustimmen, sind verantwortlich für die weitere Etablierung einer Ungleichheit und Ungleichbehandlung von Menschen in diesem Land.

Wir fordern Sie als Oberbürgermeister, als Sozialbürgermeister und als Stadträt*innen der Stadt Freiburg auf, treten Sie gegen die Einführung der Bezahlkarte ein!

Unterzeichnende: